

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923**

15.3.1923 (No. 73)

# Karlsruher Tagblatt

**Bezugspreis:**  
in Karlsruhe: in un-  
terer Geschäftsstelle und in  
anderen Ausgabestellen ab-  
erholt monatlich 3800.—  
mit Postgebühren monat-  
lich 4000.—  
auswärts: durch un-  
tere Agenturen bezogen  
4000.— durch die Post  
anstalt. Anzeigensätze  
4000.— monatlich.  
Einzelverkaufspreis: 150 H.  
Verlag, Schriftleitung und  
Geschäftsstelle: Ritterstraße 1,  
Postfach Nr. 9547  
Karlsruhe.

**Anzeigen:**  
die gegen Postanweisung  
oder deren Name 350.—;  
auswärts 420.—; Na-  
mianzeigen und Stellen-  
angebote 200.—; Reklam-  
sätze 1100.— an erster  
Stelle 1200.—  
Rabatt nach Tarif.  
Anzeigenannahme bis 3 Uhr  
mittags; kleinere Anzeigen  
spätestens bis 6 Uhr nachm.  
Fernrechnungsliste:  
Geschäftsstelle Nr. 202,  
Verlag Nr. 21 und 297,  
Schriftleitung Nr. 20,  
Postfach Nr. 19.

**Badische Morgenzeitung** Mit der Wochenschrift **„Die Pyramide“** **Badische Morgenpost**

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

120. Jahrg. **Donnerstag, den 15. März 1923** Nr. 73.

## Unter dem Eindruck der Brüsseler Konferenz.

3. Von unserer Berliner Redaktion wird uns ge-  
schrieben:

Die politische Bedeutung der Brüsseler Kon-  
ferenz kommt in verschiedenen Symptomen zum  
Ausdruck, die sich unmittelbar im Anschluß an  
die Konferenz zeigen. Das bemerkenswerteste  
Symptom ist die letzte Debatte im englischen  
Unterhaus. Als Protest gegen die Haltung der  
englischen Regierung ist im Unterhaus von  
liberaler Seite der Antrag gestellt worden, die  
Ausgaben für das Auswärtige Amt abzulehnen.  
Im Anschluß an den Antrag entspann sich eine  
ausgezeichnete und hochwichtige Debatte über die  
Außenpolitik, an der sich Mitglieder aller Parteien  
beteiligten. Der Vertreter der Regierung kam  
in seiner Antwort der Opposition sehr weit ent-  
gegen, aber er vermochte nicht zu verhindern,  
daß der liberale Antrag, der eine indirekte eng-  
lische Intervention zusammen mit Amerika  
fordert, doch 280 Stimmen bekam und daß er mit  
nur 98 Stimmen abgelehnt wurde. Wenn man  
bedenkt, daß die letzte Abstimmung des Unter-  
hauses im Februar über den gleichen Gegenstand  
nur 196 Stimmen gegen 280 für die Opposition  
ergab, so wird daraus klar, in welchem Maße  
sich die parlamentarische Lage der englischen  
Regierung verschlechtert hat. Aus London wird  
auch gemeldet, daß viele Konservative sich der  
Stimme enthalten haben, das heißt die Erfolgs-  
losigkeit der Aufraktion und die Starrheit der  
französischen Politik häßt die Opposition gegen  
die Haltung der Regierung Bonar Law derartig,  
daß schon die nächste Abstimmung für Bonar  
Law verhängnisvoll werden kann, wenn er seine  
Politik nicht ändert.

Wenn man auf das Echo der Brüsseler Kon-  
ferenz achtet, so wirkt auffallend, daß die Pa-  
rieter Blätter immer wieder die Worte Poincarés  
wiederholen, „das Ruhrgebiet könne nicht auf  
einfache Versprechungen hin geräumt  
werden.“ Es ist nötig, auf diese Worte einzuge-  
hen und ihnen folgendes entgegen zu halten:  
Die deutsche Regierung hat sich niemals  
auf einfache Versprechungen beschränkt, sondern  
sie hat, insbesondere die Regierung Cuno, ihre  
Versicherungen auf verlässliche Verpflichtun-  
gen der deutschen Wirtschaftswelt gestützt.  
In praktischen Sicherungen wird es, wenn es  
einmal zu Verhandlungen kommt, deutscherseits  
nicht fehlen, allerdings muß die Gewaltpolitik  
weniger beachtet werden, um die Voraussetzung  
für eine friedliche Verständigung zu schaffen.  
In diesem Sinne — so läßt sich die Auffassung  
der deutschen Regierung kennzeichnen — muß  
jede Diskussion über die Beilegung des schwe-  
renden Konfliktes von der Voraussetzung einer  
vorbehaltlosen Räumung des Ein-  
bruchgebietes ausgehen. Die deutsche Regie-  
rung kann nicht Zusagen garantieren, wenn  
nicht volle Bewegungskraft für die deutsche  
Wirtschaft und ihre Hilfsmittel vorhanden ist.

## Die neuen Gewaltpläne.

**Die Ausdehnung der rechtsrheinischen Befehung.**  
Paris, 14. März. Der Außenpolitiker des  
„Petit Journal“ behauptet, daß der französische  
Militärstab sich in der letzten Woche mit einer  
neuen militärischen Urplanung beschäftigt habe,  
nämlich die Befehung auf dem rechten  
Rheinufer progressiv auszuweiten. Als die  
nächst zu besetzenden Städte seien genannt  
worden: Karlsruhe, Heidelberg,  
Mannheim, Darmstadt und Frank-  
furt. Der Berichterstatter sagt, Vorschläge die-  
ser Art seien zwar geprüft, aber nicht festgehal-  
ten worden. In Brüssel habe man davon nicht  
gesprochen. Man darf also auch die Frage stel-  
len: Wird auch in Paris davon nicht mehr ge-  
sprochen werden? Diese Frage verneint das  
Blatt.

## Ein Gewaltplan gegen die Bergarbeiter.

**Koblenz, 14. März. (Drahtber.)** Zu den Plä-  
nen der Ingenieurkommission zur Uebernahme  
und zum Betrieb von Bergwerken gehört die  
Aussicht, an die deutschen Arbeiter in Form eines  
Mandatums die Frage zu stellen, ob sie unter  
französischer Verwaltung arbeiten wollen oder  
nicht. Für den Fall der Weigerung wird ihnen  
mit der Ausweisung und mit der Ausstreibung  
ihrer Familien aus den Wohnungen gedroht.  
Das Sachverständigenbüro meldet aus Paris,  
daß alle Maßnahmen getroffen seien, um die  
Förderung von Kohlen und die Schaffung von  
Arbeitsplätzen zu sichern. Polnische und italie-  
nische Arbeiter sollen dabei helfen.

## Die Ausstreibung der Schutzpolizisten.

**Bochum, 14. März.** Der Kommandierende  
General der 128. Division hat an den Bürger-  
meister in Essen ein Schreiben gerichtet, wonach

auf Befehl des Kommandierenden Generals der  
französischen Rheinarmee alle Familien  
(Frauen und Kinder) der durch die fran-  
zösischen Behörden ausgewiesenen Schutzpolizei-  
beamten die besetzten Gebiete innerhalb von acht  
Tagen verlassen müssen.

## Beschlezung eines Güterzuges.

**Der Heizer schwer verletzt.**  
**Berlin, 14. März. (Drahtber.)** Die Blät-  
ter melden aus Gelsenkirchen: Der jahrplan-  
mäßige Güterzug Banne — Bottrop wurde heute  
früh kurz vor der Nordsternbrücke bei Bottrop  
durch Signal von dem an der Einfahrt stehenden  
Wachposten zum Halten aufgefordert. Trotz  
stärkstem Bremsen gelang es dem Lokomotiv-  
führer nicht, den in voller Fahrt befindlichen  
Zug noch vor der Brücke zum Stehen zu bringen.  
Die Spitze des Zuges rückte noch einige Meter  
über die Brücke vor. Sofort eröffneten die  
Franzosen Schnellfeuer auf die Maschine  
und verwundeten den Heizer durch zwei Brust-  
schüsse lebensgefährlich. Nach Unterbrechung der  
Lokomotive und des Packwagens konnte der  
Zug die Fahrt fortsetzen. Der schwerverwundete  
Heizer wurde in Bottrop eingeliefert und ins  
alte Essener Krankenhaus verbracht.

## Ein Raubzug auf eine Düsseldorf-Kasse.

**Berlin, 14. März. (Drahtber.)** Der „Ber-  
liner Volksanzeiger“ meldet, daß heute vormittag  
die Franzosen in das Regierungsge-  
bäude von Düsseldorf eindringen und  
aus der Regierungskasse einen großen  
Geldbetrag, dessen Höhe noch nicht feststeht,  
raubten. Der Raubzug wurde festgenommen. Es  
wird vermutet, daß es sich um die Einziehung  
einer Geldstrafe handelt, die der Gemeinde Kett-  
wig auferlegt worden war.

## Kriegsgerichtsurteile.

**Banne, 14. März.** Vom Kriegsgericht Neck-  
linghausen ist der Kaufmann Jfels, Vorsitzen-  
der des kaufmännischen Vereins, zu sechs Mo-  
naten Gefängnis und eine Million Mark  
Geldstrafe verurteilt worden, weil er auf Be-  
fehl der Kaufmannschaft von Banne keine  
Waren an die Franzosen verkauft. Weiter  
wurde verurteilt Antmann Weibergaus zu  
drei Jahren Gefängnis und fünf Millio-  
nen Mark Geldstrafe, weil er sich weigerte, Koh-  
len an die Franzosen zu liefern. Gegen beide  
Urteile wurde sofort Berufung eingelegt.

## Die weisse Willkürjustiz.

**Berlin, 14. März.** Der von dem interallier-  
ten Zollkomitee in Ems der Anstiftung zur Ar-  
beitsniederlegung und Forderung von Docu-  
menten der Behörde zu unrecht beschuldigte  
Stellvertreter des Delegierten des Reichs-  
kommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung in  
Bad Ems, Regierungsrat Vertsch, befindet  
sich seit dem 30. Januar in französischer Haft.  
Er wurde am 12. Februar in das Militärgefäng-  
nis in Mainz übergeführt, ohne daß sein Fall  
bisher verhandelt wurde.

## Französische Vorbereitungen für die Aufnahme deutscher Gefangener.

**1. Paris, 14. März.** In den Militärgefängnissen  
von Belfort, Metz und Nancy werden beson-  
dere Zellen für die aus dem besetzten Gebiet nach  
Frankreich zu führenden deutschen Gefangenen  
hergerichtet.

## Auf Ministerkongress.

**Münster, 14. März. (Drahtber.)** In den Kon-  
trollbüros haben die Franzosen Bilder der  
deutschen Minister aufgehängt, damit die kon-  
trollierenden Soldaten die Minister abfangen  
könnten, die sich ins besetzte Gebiet wagen wol-  
len.

## Die Feststellungen eines englischen Bericht- erstatters.

**Essen, 14. März. (Drahtber.)** Der Bericht-  
erstatter des englischen Blattes „Manchester  
Guardian“, der zur Zeit in Bochum weilte, hat  
seinem Blatte den Vorschlag übermittelt, daß  
eine unparteiische Untersuchungskommission sich  
nach dem Ruhrgebiet begeben. Die Kommission  
soll aus Engländern und Amerikanern und aus  
Angehörigen neutraler Länder bestehen. Sie  
müßte die Städte Necklinghausen, Essen, Gelsen-  
kirchen und Bochum besuchen, sie müßten Augen-  
zeugen befragen und sich über Einzelheiten be-  
richten lassen, sie müßten unterscheiden zwischen  
Taten, die von den Soldaten auf Befehl und  
zwischen solchen, die eigenmächtig begangen wur-  
den. Der Korrespondent sagt, er habe eine  
Wenige von Zeugenansagen geprüft und habe  
mit vielen Zeugen von Brutalitäten und Dieb-  
stählen gesprochen. Auf Grund seiner Wahr-  
nehmungen könne er sich der Folgerung nicht  
entziehen, daß die Ergebnisse einer unparteiischen  
Untersuchung einen bösen Fleck in der Ge-  
schichte der französischen Armee hinterlassen wer-

den, ein Fleck, den Frankreich nur entfernen  
kann, wenn es bereit ist, die Schuldigen zu be-  
strafen und die Opfer zu entschädigen.

## Englische Arbeiter reisen ins Ruhrgebiet.

**London, 14. März. (Drahtber.)** Der Par-  
lamentarischerichter des „Daily Telegraph“  
meldet, die Arbeiterpartei hat beschlossen, eine  
offizielle Abordnung in das Ruhrgebiet zu en-  
tsenden und ebenso in andere Teile Deutschlands.  
Die Mitglieder der Abordnung würden nach  
ihrer Rückkehr der Executive der Arbeiter-  
partei Bericht erstatten.

## Neue Todesopfer.

**m. Buer, 14. März. (Drahtber.)** Zu den be-  
reits gemeldeten sieben Todesopfern sind nun  
noch zwei neue gekommen. Am Montag nach-  
mittag wurden, wie man jetzt erst festgestellt hat,  
von den Franzosen zwei deutsche Beamte auf  
der Straße erschossen. Die beiden Beamten wa-  
ren ausgewiesen worden, sind aber wieder zu-  
rückgeführt, um ihre Sachen abzuholen. Die  
Leiden der Getöteten sind noch nicht freigegeben  
worden. Heute früh sind drei der Todesopfer  
beerdigt worden. Jede Trauerfeierlichkeit war  
verboten. Dagegen machten die Franzosen eine  
große Leichenfeier mit Truppenparade für die  
beiden getöteten Offiziere.

## Ausweisungen.

**Wiesbaden, 14. März.** Mäntermeldungen an-  
folge ist der Sekretär Alabanowski aus Nides-  
heim ausgewiesen worden, desgleichen Bürger-  
meister Scheurich aus Braubach, sowie Staats-  
sekretär Lehmann aus Caub. In Biebrich  
ist Studentrat Schmidt ausgewiesen worden, weil  
er von seinen Schülern das im besetzten Gebiet  
unterlagte Reich „Deutschland, Deutschland über  
alles“ hatte singen lassen.

## Der Kampf gegen die Presse.

**Mainz, 14. März.** Der Leiter der Agentur  
Mainz des Wolffschen Nachrichtenbüros Steuf-  
mehl ist heute von den Franzosen verhaftet und  
sofort ausgewiesen worden. Seine Familie hat  
binnen vier Tagen das besetzte Gebiet zu ver-  
lassen. — Der verantwortliche Redakteur des  
Mainzer Anzeigers, Nohsack, wurde vom  
französischen Militärpolizeigericht wegen einer  
als Beleidigung für die Belagertenstruppen an-  
gesehenen Zeitungsnote zu einem Monat Ge-  
fängnis und 50.000 Mark Geldstrafe verurteilt.

## Dortmund, 14. März. (Drahtber.)

Heute morgen wurden der Chefredakteur der „Dort-  
munder Zeitung“ Hörster und der Redakteur  
Nohde von den Franzosen verhaftet. Um 8 Uhr  
wurden die Redaktionsräume von den Franzo-  
sen durchsucht.

## Einberufung eines neuen Jahrgangs in Frankreich.

**Paris, 14. März. (Drahtber.)** Der Kriegs-  
minister hat die Einberufung des ersten Kon-  
tingents der Rekruten des Jahrganges 1923 auf  
den 10. Mai angeordnet.

## Die nächste Konferenz.

**Paris, 14. März. (Drahtber.)** Ministerpräsi-  
dent Poincaré wird voraussichtlich nächste Woche  
zu einer neuen französisch-belgischen Konferenz  
nach Paris reisen. Hier sollen die seit der Be-  
schlagnahme von Kohlen und Koks erzielten Er-  
gebnisse geprüft und der endgültige Plan erör-  
tert werden, durch den man Reparationen her-  
einzubekommen hofft, und die für die Sicher-  
heit Frankreichs und Belgiens erforderlichen  
Garantien bei Deutschland durchzusetzen  
gedenkt.

## Verhandlungsgerichte.

**Paris, 14. März.** Savas tritt offiziell der  
englischen Mäntermeldung entgegen, daß sich ein  
Vertreter der französischen Regierung zu  
Verhandlungen mit einem deutschen Delegier-  
ten über die Reparationsfrage nach der Schweiz  
begeben habe.

## Eine Kundgebung der Arbeitgeberverbände.

**in Berlin, 14. März. (Drahtber.)** Die deut-  
schen Arbeitgeberverbände haben heute  
in einer großen Versammlung, an der auch der  
Reichskanzler teilnahm, eine Entschließung an-  
genommen, in der sie geloben, den schweren Ab-  
wehrkampf um Freiheit und Selbstbestimmung  
mit allen Mitteln zu unterstützen und die schwe-  
r kämpfenden Brüder am Rhein und Ruhr jeg-  
liche Erleichterung zu verweigern.

## Zwei Milliarden für Milchverbilligung.

**Berlin, 14. März.** Der preussische Staatskom-  
missar für Ernährung hat nach einer Mitteilung  
des „Vorwärts“ im Anschluß an das Vorgehen  
des Reiches zur Verbilligung der Milch für  
Kinder, besonders bedürftiger Familien, für die  
nächsten Wochen rund 2 Milliarden Mark zur  
Verfügung gestellt.

## Was will Poincaré?

**Eine Anfrage Lloyd Georges.**

Das große Berliner Blatt „Deutsche Allge-  
meine Zeitung“ veröffentlicht wieder einen Ar-  
tikel des ehemaligen englischen Ministerpräsi-  
dent Lloyd George. Das Thema lautet: Frank-  
reichs Gefahr im Ruhrgebiet.

Er sagt zunächst, die Pariser Minister des  
Ruhrereinfalls planen, die europäischen Hilfsquel-  
len unter Frankreichs Kontrolle zu vereinigen.  
„Europas Industrie von Paris  
aus gelenkt — das ist ihr glänzen-  
der Traum. In dieser Woche schlagen sie  
einen neuen Vertrag vor, der an die Stelle  
des Versailler treten soll. Grenzen sollen revidi-  
ert, reiche Provinzen und Städte praktisch an-  
nektiert; die Ruhrkohle an Vorkriegs-  
Erz angeschlossen werden und Deutschland, noch  
mehr verarmt und geknechtet, soll in völlige  
wirtschaftliche Abhängigkeit gebracht werden.  
Diese Ideen haben nicht ihresgleichen gehabt  
seit der normannischen Eroberung, durch die die  
Angelsachsen, nachdem sie entworfen waren,  
zur Bereicherung und zum Ruhme ihrer neuen  
Herren in wirtschaftliche Sklaverei ver-  
urteilt wurden. Unnötig zu sagen, daß Großbritan-  
nien und Amerika zur Teilnahme an dieser  
neuen Friedenskonferenz nicht eingeladen  
werden sollen. Man will sie über die Bedin-  
gungen des neuen Friedens gnädigst unter-  
richten, wenn er durch Frankreichs Waffen  
endgültig hergestellt ist.“

Dann spricht Lloyd George von den letzten er-  
schienenen amtlichen englischen Berichten über  
die verhängnisvolle Pariser Konferenz. Er habe  
die Dokumente sorgfältig studiert.

„Ich bemühte mich, zu entdecken, was Herr  
Poincaré eigentlich von Deutschland als  
Bedingung seiner Unterwerfung  
unter den Willen Frankreichs zu  
fordern gedachte. Was sollte  
Deutschland tun, um den tödlichen  
Schlag zu vermeiden? Ich habe keine  
Neben- und Darlegungen vergeblich nach einer  
Auseinandersetzung über diese Bedingungen  
durchsucht. Gewiß, man hatte niemals da-  
nach gefragt. Das klingt ungläublich. Aber  
jeder Teilnehmer war so eifrig dabei, die Kon-  
ferenz abzurufen, um unangenehme Gegen-  
sätzen ein Ende zu machen, daß es offenbar  
niemand in den Sinn kam, diese wichtige  
Frage zu stellen. Die am meisten interessierte  
Partei war nicht vertreten. Das Ergebnis ist,  
daß niemand die Bedingungen kennt,  
unter denen die französische Armee das Ruhr-  
gebiet räumen will. Herr Bonar Law wußte  
nichts zu erwidern, als man ihn im Unter-  
haus danach fragte. Dies wundert mich nicht,  
denn niemand hat es ihm gefragt, und er hat  
niemals danach gefragt. Ich bin sicher, daß  
Herr Poincaré jetzt gar nicht mehr weiß, wes-  
halb er ins Ruhrgebiet einbrach. Aus diesem  
und aus anderen Gründen wird er dort blei-  
ben, bis irgendetwas geschieht, das eine Ab-  
lösung bietet. Die meisten Tragödien der Mensch-  
heit entspringen dem Zufall.“

Das Bedeutendste ist die Feststellung, daß  
Deutschland überhaupt keine Gelegen-  
heit gegeben wurde, durch Annahme irgend-  
welcher Bedingungen den tödlichen Schlag —  
wie Lloyd George den Ruhrereinfall nennt — zu  
vermeiden. Poincaré wollte Deutschland  
jede Möglichkeit nehmen, der Gefahr auszuwei-  
chen. Der Kampf ist uns aufgezwungen.

## Die Wohnungsabgabe.

**Aus den Reichstagsverhandlungen.**

**1. Berlin, 14. März.** Der Präsident eröffnet  
die Sitzung um 2.20 Uhr. — Am Regierungstisch  
Reichsarbeitsminister Dr. Brannß.

## Dritte Lesung der Wohnabgabe.

Nach § 1a ist derjenige, der gewerbliche Räume  
neu errichtet, verpflichtet, für einen Teil der  
mehrfach beschäftigten Arbeitnehmer neue Wohn-  
räume zu beschaffen.

Abg. Leopold (D.N.) beantragt, diesen Para-  
graphen zu streichen, da bereits eine ähnliche  
Entscheidung angenommen sei.

Abg. Dr. Marecki (D.Sp.) sieht in diesem Pa-  
ragraphen eine einseitige Unterbrechung der  
sozialen Bauhilfe. Für seine Fraktion handele  
es sich um eine grundsätzliche Entscheidung. Wird  
dieser Paragraph beibehalten, so wird die Fra-  
ktion ihre Stellung zum Gesetz revidieren müssen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brannß befreit,  
daß es sich um eine einseitige Abänderung der  
sozialen Bauhilfe handle.

§ 1a wird darauf gegen die Rechte angenom-  
men

Weiter wird in der Abänderung der Beschlässe  
in zweiter Lesung beschlossen, daß die Einkünfte  
aus den ländlichen Bezirken in erster Linie für  
Kleinwohnungsbauten auf dem Lande verwen-



# Große Nachforderungen für den badischen Staatshaushalt.

Die riesige Entwertung des deutschen Geldes zeigt sich auch in dem ungeheuren Anwachsen der Ausgaben der Staaten. Wohl blähen sich auch die Ziffern auf der Einnahmeseite auf, aber die bleiben natürlich in der Höhe wie im Tempo weit zurück hinter den Ausgabenanstieg. Die unbedingte Notwendigkeit, den Beamten das zu geben, was sie zum Leben brauchen, zwingt den Staat, in den Aufwendungen für Gehälter und Löhne sich möglichst schnell der Entwertung anzupassen und nachträglich die Zustimmung des Parlamentes einzuholen. Bei Erhöhung der Einnahmen muß jedoch die Regierung die Bewilligung durch das Parlament abwarten. So bleibt zwischen Einnahme und Ausgabe immer ein großer Abstand. So liegen die Dinge auch im badischen Staat. Der schöne Haushaltsplan vom Juli 1922 mit seinen paar Milliarden als Ausgaben ist längst über den Haufen geworfen. Die badische Regierung hat gestern dem Landtag eine neue Aufstellung, den sogenannten III. Nachtrag zum Staatsvoranschlag vorgelegt. Da werden die laufenden jährlichen Ausgaben von dem derzeitigen Geldstand mit rund 84 Milliarden gedeckt, die Einnahmen mit Hilfe von Steuererhöhungen auf rund 81 1/2 Milliarden. Es fehlen nach dieser Aufstellung rund 2 1/2 Milliarden jährliche Einnahmen, dazu noch rund 3 Milliarden an einmaligen Ausgaben für zwei Finanzjahre.

## Finanzminister Köhler

hat gestern dem Landtag die finanzielle Lage des Landes geschildert und hat über die Mittel gesprochen, durch die er die Einnahmen den Ausgaben entsprechend entwickeln will. Finanzminister Köhler sprach zunächst über die Aenderung des Gesetzes zur Erhebung der Grund- und Gewerbesteuer. Es soll eine Aenderung eintreten in den sogenannten Härteparagrafen, § 13, ebenso eine Aenderung in der Bewertung des Betriebsvermögens. Der Spekulation des Steuerzahlers auf die Verschlechterung der Markt soll der Boden entzogen werden. Auch den Gemeinden sollen neue Einnahmemöglichkeiten erschlossen werden.

Dann führte Herr Köhler über den III. Nachtragsetat u. a. folgendes aus: Der III. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1922/23 macht den Versuch, das Budget der Geldentwertung anzugleichen, die seit Erlassung des Finanzgesetzes im Juli 1922 durch den Zusammenbruch der Markt eingetreten ist. Darüber hinaus will der Nachtrag aber auch alle die Maßnahmen wirtschaftlicher, kultureller und sozialpolitischer Art ergreifen, die durch die veränderte Wirtschaftslage notwendig sind.

Der im Juli 1922 genehmigte Hauptvoranschlag für die beiden Rechnungsjahre 1922/23 belieferte in Einnahme und Ausgabe mit rund 4 Milliarden, in der Annahme, daß die Zahlungsmittel des Landes und die eigenen Einnahmehüberschüsse des Landes ausreichen, das Gleichgewicht herzustellen. Die Folgezeit hat alle unsere Berechnungen dieser Art über den Haufen geworfen. Das Defizit, das sich bei der Feststellung des vorliegenden Nachtrags ergab, erreicht für die beiden obgenannten Jahre den gewaltigen Betrag von 15 1/2 Milliarden Mark.

Bei den ordentlichen Ausgaben müssen wir jetzt eine Erhöhung im Jahresbetrag von 1 1/2 Milliarden Mark voranschlagen. Der außerordentliche Etat weist eine Mehranforderung von über 3 Milliarden auf.

Angeht es dieser Sachlage waren wir genötigt, alle Einnahmequellen des Staates auf die härteste heranzuziehen. Die Erträge aus der eigenen Wirtschaft, insbesondere der staatlichen Domänen und Forsten, sind aufs höchste gesteigert worden. Die Notariats- und Grundbuchkosten und sonstige Justizgebühren, die Verwaltungsgebühren wurden aufs äußerste erhöht, die Umlagesteuer mit den höchstmöglichen Beträgen eingeleistet. Aber all diese Maßnahmen genügen nicht, um das 15 1/2 Milliarden-Defizit sichtbar herabzumindern. Aus diesem Grunde kann nach Auffassung der Staatsregierung auch nicht von einer

umfangreichen Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer abgesehen werden. Diese Erhöhung ist gleichzeitig in den Nachtrag eingestellt worden, wodurch sich sein Fehlbetrag auf 8 Milliarden für beide Finanzjahre ermäßigt. Für diesen letzteren Betrag allerdings, das bitte ich auch bei den kommenden Beratungen zu beachten, sind im gegenwärtigen Augenblick Deckungsmittel nicht vorhanden.

Die Aufstellung des Nachtrags ist im übrigen unter dem Gesichtspunkt größter Sparlichkeit durchgeführt worden. Anforderungen persön-

licher Art für neue Beamtenstellen, für Beförderungs- und Aufstufungsstellen enthält er überhaupt nicht.

Der Besoldungsaufwand des Staates betrug im Jahre 1922 28 Milliarden; für das Jahr 1923 ist er auf Grund der jetzigen Besoldungen zu 104,5 Milliarden veranschlagt. Eine gewaltige Zahl und trotzdem, infolge der ihr innewohnenden schwachen Kaufkraft, eine zunehmende Verarmung unserer Beamenschaft. Das Reich wird an diesem Aufwand, soweit er nicht die Verwaltungen der werdenden Betriebe umfaßt, bis Ende März 1923 80 Prozent und von da an 75 Prozent tragen. Danach werden dem Lande verbleiben als endgültiger Aufwand für Besoldungen der Beamten und Angestellten für das Jahr 1923 6 Milliarden und für das Jahr 1924 26,5 Milliarden. Daß der jetzige Zustand, wonach das Reich den allergrößten Teil des Besoldungsaufwandes der Landesbeamten trägt, ein außerordentlich unerwünschter ist, braucht nicht näher aufgeführt zu werden. Die Aufgabe der Zukunft wird aber, wenn uns an der Erhaltung der Selbstständigkeit der Länder etwas gelegen ist, vorgezeichnet sein.

Söher und härter noch als die Steigerung der persönlichen Ausgaben sind die

Mehraufwendungen auf sozialem Gebiet. Die Erhöhung der Materialpreise für Kohlen usw. für die Fortführung begonnener Bauten, für die heuliche Instandsetzung der Staatsgebäude umfaßt viele Milliarden. Auch hier ist es dem Lande unmöglich, eine wirksame Beeinflussung der Preisbildung durchzuführen. Wir sind vollständig der allgemeinen Entwicklung ausgeliefert. Eines ist aber auch bei der Aufstellung des vorliegenden Nachtrags nicht übersehen worden; die Pflege der kulturellen Aufgaben und die Durchführung sozialer Hilfsmassnahmen. Das Nachtragsbudget des Unterrichtsministeriums sieht eine reine Mehraufgabe von 11 Milliarden vor, wobei die persönlichen Ausgaben für die Mittel- und Volksschulen noch gar nicht berücksichtigt sind. Für die drei Hochschulen des Landes sind dabei 7,5 Milliarden vorgesehen, für Wissenschaften und Künste 2,5 Milliarden. Dazu kommen wesentlich erhöhte Beträge für die Pflege unserer Mittel- und Volksschulen und für die Jugendfürsorge. Für Straßen- und Wasserbau und Meliorationen ist ein Betrag von rund 1 Milliarde eingestellt, derselbe Betrag ist vorgesehen für den Wohnungsbau und die Wohnungsfürsorge.

Erhebliche Beträge sind sodann eingestellt für die

## Durchführung sozialer Hilfsmassnahmen.

Hier steht an erster Stelle die Fürsorge für unverschuldet erwerbslos Gewordene mit 1 Milliarde. Für die Unterhaltung gemeinnütziger Anstalten und ähnlicher Einrichtungen, für Erziehungs- und Pflegeanstalten, Wägherinnenheime, Bahnhofsmissionen, Jugendfürsorgevereine, Frauenvereine, Schwesternhäuser, Altersheime usw. sind rund 200 Mill. vorgesehen. Für die Kleinerwerbsfürsorge 90 Mill., für die Sozialrenten 18 Mill., für die Gesundheitsfürsorge in den verschiedenen Formen einschließlich der Säuglings-, Kleinkinder- und Kinderfürsorge 80 Mill., für die Studienfürsorge über 13 Mill., zur Fürsorge für die notleidenden Privatdozenten insgesamt 65 Mill. Die Abgabe des Landes auf Grund des Pressegesetzes wird 682 Mill. betragen.

Ich habe bei dieser Aufzählung ganz abgesehen von der Hilfeleistung und den Hilfsmassnahmen, die der badische Staat in den letzten Monaten in Form von Vorkäufen, Darlehen und Vorschüssen geleistet hat an die Kirchen, die Gemeinden und die Organisationen der verschiedenen Berufsstände, die in die Milliarden gehen. Ich habe auch noch kein Wort gesagt von der

## Fürsorge für die freien Berufe.

die seit einigen Monaten in der Staatsverwaltung eingeführt hat und die viele Angehörigen dieser Berufe, Aerzte, Rechtsanwälte, Künstler, Redakteure, selbständige Gewerbetreibende usw. vor Arbeitslosigkeit und dem Verhungern geschützt hat. Hunderte von verheirateten Angehörigen dieser Berufe, die sich in schwerster Not befinden, sind heute in der badischen Staatsverwaltung beschäftigt; was dadurch im einzelnen Segen spendend worden ist, dringt weniger in die Deffinitivität. Die ganze Maßnahme hat auch keine Personalvermehrung nach sich gezogen. Wir haben lediglich junge, ledige Ausbilder und Ausbilderinnen durch verheiratete notleidende Frauen und Männer ersetzt und diese Auswechslung soll auch weiterhin im Rahmen des Möglichen erfolgen. Grenzen sind dem Staat natürlich auch gezogen und in unbeschränkter Härte kann er Notleidende nicht aufnehmen. Ich hätte nur den Wunsch, daß auch unsere badischen Gemeinden das Vorbild des Staates beachten und auch in ihren Verwaltungen in stärkerem Umfang noch, als

wie das vielleicht bisher der Fall war, Stellen frei machen für leistungsfähige Angehörige notleidender Berufe.

Die Erhaltung einer Familie sollte im ganzen Deutschen Reich, vor allem bei Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden, höher gestellt werden, als die Erhöhung der Lebensannehmlichkeit junger, lediger Leute. Denn die Erhaltung des Familienverbandes scheint mir für den Staat wesentlich wichtiger zu sein als die Pflege der Kultur der Florstrümpfe und des Zigarettenrauchens.

Für unsere Studentenschaft habe ich für die Zeit der großen Ferien Arbeitsangelegenheiten in den mir unterstellten Staatsforsten schaffen lassen. Mehrere Hunderte werden zum Durchforsten usw. der Staatswaldungen lohnende und gesunde Ferienarbeit erhalten.

Die finanzielle Basis des badischen Staates gelund zu erhalten, ist uns trotz aller Schwierigkeiten bis jetzt gelungen. Das zeigen ganz klar die Rechnungsabchlüsse der letzten Jahre. Aus ihnen ergibt sich vor allem auch die Tatsache, daß das badische Land und der badische Staat die Wirren der Novemberumwälzung finanziell gut überstanden hat. Auch der vorläufige Abschluß für das Rechnungsjahr 1922 ist nicht ungünstig.

## Aber die systematische Berührungspolitik

des Franzosen rüttelt an den Grundlagen unserer staatlichen Existenz. Die Belagerung von Teilen des badischen Landes, die Abschneidung unserer großen Handelsplätze in Mannheim und Karlsruhe, die Durchschneidung unseres Landes in zwei Teile durch die Belagerung des Gebietes von Offenburg bis Appenweier bedeutet eine ungeheure und schwere Schädigung der gesamten Wirtschaft unseres Landes. Und über und unübersehbar sind die Auswirkungen für die nächste Zeit. Das Reich hilft fortgesetzt bereitwillig im Rahmen des Möglichen und ich halte mich für verpflichtet, den letzten Reichshelfen hierfür von dieser Stelle aus ein Wort des Dankes zu sagen. Wir selbst müssen aber ebenfalls Hand anlegen. Die südwestliche Grenzmark darf nicht wanken und sie wird nicht wanken; sie wird alle Spekulationen unserer Feinde zu Schanden machen. Es ist eine Aufgabe von großer gesellschaftlicher Bedeutung, die im Süden Deutschlands gerade unserem badischen Lande jetzt zukommt. Wir wollen den Volks- und Lebensgegnossen an der Ruhr gleich tun, denn es geht um das Höchste, auch um die Freiheit des badischen Volkes! Wir wollen ein Beispiel innerer Geschlossenheit geben: Nicht nur in Reden — das rollende Rad des Lebens ist gar nichts — sondern durch die Tat. Die großen wirtschaftlichen und steuerpolitischen Probleme, deren Behandlung wir Gegenwart uns auferlegt hat, können nur von einem Volke gelöst werden, bei dem das Gefühl der Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit stark entwickelt und bei dem das private Gemeinwohl dem Wohle der Gesamtheit untergeordnet ist. Steuerfragen sind nicht nur Geldfragen, sondern im höchsten Maße auch Vertrauensfragen!

Und die Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens auch auf dem schwierigen Gebiete der Bekämpfung aller unter allen Umständen zu schaffen. Große Teile des deutschen Volkes, fast die gesamte Beamtenschaft und Hunderttausende des frei schaffenden Mittelstandes sind fetteln geworden im Verlaufe der letzten Jahre. Wo früher Vermögen vorhanden war in die Kreise, da ist es heute durch die heiss wachsende Not aufgefressen und vernichtet. Die letzte Substanz aber, die die Schichten einschließlich der Arbeiterschaft haben, nämlich ihre körperliche und geistige Arbeitskraft, wird fortgesetzt und tagtäglich ausgehöhlt durch den drückenden, den Aufsehenden in seinem ganzen Umfang meist nicht bekannten Notstand auf dem Gebiete der Ernährung und Bekleidung, der in den weitesten Kreisen unseres Volkes ein grauenhaftes Bild ist. Die Bitte des Vaterländers: „Gib uns heute unser tägliches Brot“, ist bei Millionen unserer Volksgenossen zu einem täglichen Notschrei geworden.

Die südwestliche Grenzmark darf nicht wanken und sie wird nicht wanken. Sie wird alle Spekulationen unserer Feinde zu Schanden machen. Die erhöhten Leistungen, die jetzt in der Stunde großer Not von der Regierung verlangt werden müssen, werden sicherlich auch vom Volke gegeben werden, denn unter badisches Volk weilt; heute geht es nicht um irgend ein wirtschaftliches oder steuerpolitisches Problem, heute geht es um das Höchste, um Vaterland und Freiheit!

Die Ausführungen des Ministers wurden mit lebhafter Zustimmung eingegangsommen.

## Berschiedene Drahtmeldungen

Vertäler.

Berlin, 14. März. (Drahtber.) Wie wir hören, ist auf Veranlassung des Reichsanwalts der Redakteur Walter Dehne wegen Hochverrats von Beamten des Berliner Polizeipräsidiums verhaftet worden.

München, 14. März. Der kommunistische Abg. Eisenberger, der bei den letzten Sitzungen des bayerischen Landtages erklärt hatte, er werde in Zukunft nur noch mit dem Revolver in der Hand die Rednertribüne besteigen, und gegen den in der letzten Zeit unter Zustimmung des Landtages ein Hochverratsverfahren eingeleitet worden war, ist seit mehreren Tagen verschwunden. Man vermutet, daß sich Eisenberger nach Sowjet-Rußland begeben hat.

## Holland in Not.

Haag, 14. März. Auf die Frage eines Abgeordneten über die Behinderung des Handels zwischen Holland und dem besetzten Gebiet erteilte der Außenminister eine schriftliche Antwort, die u. a. besagt, die Behinderung des Güter- und Schiffsverkehrs infolge der Vorschriften der Besatzungsbehörden sei derart, daß der Verkehr zwischen Holland und dem besetzten Gebiet nahezu still liege. Da die französischen Vorschriften in der Regel unverzüglich in Kraft treten, sei es den Schiffsfahrts- und Handelsunternehmungen häufig nicht möglich, die Vorschriften in Rechnung zu ziehen. Es folgt dann eine ausführliche Darlegung der Lage des Handels mit dem besetzten Gebiet im allgemeinen, der Kohlenlieferungen an Holland und der Rheinschifffahrt. Das die Rheinschifffahrt anbetreffend, so hätten sich Fälle ereignet, die nach Auffassung der niederländischen Regierung mit der Rheinschifffahrt verträglich nicht übereinstimmten. Die Behinderung der Schiffsahrt werde von der niederländischen Abordnung bei der in nächster Zeit stattfindenden Sitzung der zentralen Rheinschifffahrtskommission zur Sprache gebracht werden. Die Ankerlegung einer Ausfuhrabgabe von 10 Proz. habe übrigens die Folge, daß der Transithandel allmählich von Rotterdam nach Hamburg und Bremen übergeleitet werde. Die gegenwärtigen Zustände im Ruhrgebiet würden sich in hohem Maße auf das Wirtschaftsleben Hollands und besonders auf den Verkehr in den holländischen Hafenshäften fühlbar machen.

## Berichtssaal

Waldbühn, 14. März. (Drahtber.) Das hiesige Schwurgericht verhandelte als letzten Fall die Anklage wegen Totschlagsversuchs gegen den französischen Staatsangehörigen Andreas Berat, Kaufmann von Paris. Berat ist von der französischen Truppe während des Krieges nach der Schweiz desertiert, besuchte Italien und kam über die Tschechoslowakei nach Deutschland, wo er sich in mehreren Städten aufhielt. So kam er auch in das Wiesental nach Brombach zu einem hier wohnenden Franzosen, mit dem er Geschäfte zu machen versuchte. Mit einem Ausfall voll künstlicher Zähne, die offenbar geschmuggelt werden sollten, lief er mit seinem Kameraden Ende vorigen Jahres einem Wachmeister in die Hände, der sie festnahm. Der Angeklagte benutzte aus Angst einer etwaigen Auslieferung an Frankreich einen günstigen Augenblick und gab einen Schuß auf den Gendarmenwachmeister ab, der diesen schwer verletzte. Berat wurde zu einer Gesamtstrafe von vier Jahren unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auf fünf Jahre aberkannt.

## Bom Wetter

Mittwoch, den 14. März, 1923.

Eine wesentliche Aenderung der Wetterlage ist nicht eingetreten. Süddeutschland hat am Nordrand des italienischen Tiefdruckgebietes unter dem Einfluß kleiner Druckstörungen fortwährend rauhes, meist trübes Wetter mit mäßigen Niederschlägen; im Schwarzwald dauert der Frost an, und auch in der Ebene sind die Temperaturen stellenweise in die Nähe des Gefrierpunktes gesunken. Die gegenwärtige Witterung dauert fort.

Wetterausichten für Donnerstag den 15. März 1923: Fortdauer der meist trüben, rauhen Witterung (im Schwarzwald oberhalb zirka 500 Meter Frost), mäßige Niederschläge, stille Winde.

Rhein-Wassersstände morgens 6 Uhr:

14. März	15. März	
Speyerinsel	1,83 m	1,84 m
Nebl	2,02 m	2,72 m
Maxau	4,58 m	4,65 m
"	"	4,00 m
"	"	4,59 m
Mannheim	8,80 m	3,94 m

mittags 12 Uhr  
abends 6 Uhr

**Dies ist die neue Packung für die wunderbar zarten und milden LUX Seifenflocken**

SUNLICHTGESELLSCHAFT A.G. - MANNHEIM - RHEINAU





